

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

8.5.1931 (No. 107)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karlsrieder-  
Straße Nr. 14  
Kreuzstraße  
Nr. 958  
und 954  
Postfach  
Karlsruhe  
Nr. 8515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Ständeausschuss:  
Chefredakteur  
G. Amend,  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM. einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstags 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zeilenbreit. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen halber Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antikliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsrieder-Str. 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Betreibung und Kontursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Exzesse, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für irrtümliche Abstellungen von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unterdachte Druckfäden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abstellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Staatsanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Amtlicher Teil

#### Die Entwicklung des Arbeitsmarktes im Bezirk des Landesamtes für Arbeitslosenversicherung in der Zeit vom 16. bis 30. April 1931

In der zweiten Hälfte des April hat die bei den südwestdeutschen Arbeitsämtern registrierte Arbeitslosenzahl um rund 23 000 Personen auf 252 000 weiter abgenommen. Aber wie schon in der ersten Monatshälfte, hatten wieder der Bezirk Mannheim, der von der Arbeitslosigkeit besonders schwer betroffen ist, gar keinen, und die beiden anderen Großstädte Karlsruhe und Stuttgart nur einen verhältnismäßig sehr geringen Anteil an dieser Entspannung. Den zu Beginn des April in diesen drei Bezirken vorhandenen 93 000 Arbeitslosen standen am Schlusse des Monats immer noch 92 000 gegenüber, während in ganz Südwestdeutschland die Abnahme in derselben Zeit 40 000 betrug. Auch die Bezirke Heilbronn und Pforzheim haben mit der Saisonentwicklung bei weitem nicht Schritt gehalten. Einerseits ist die saisonmäßige Entlastung wegen des danielerliegenden Baumarktes in den Städten in diesem Jahre besonders gering, andererseits läßt die Entwicklung aber auch erkennen, daß sich in der konjunkturellen Industrie noch keine Besserung durchgesetzt hat. Die Betätigung der Arbeitsmarktbewegung in den einzelnen Berufsgruppen bestätigt diese Wahrnehmung. Abgesehen von der Tabakindustrie, die in diesem Frühjahr einer durch die Steuererhebung bedingten Sonderbewegung unterliegt, erstreckt sich die Erleichterung der Arbeitsmarktlage wieder in der Hauptsache nur auf das Baugewerbe, auf die Land- und Forstwirtschaft, die Industrie der Steine und Erden, sowie auf die Konsumgüterindustrien des Spinnstoff- und Bekleidungsgebietes. In den übrigen Berufsgruppen ist die Entspannung der Lage ganz unbedeutend geblieben.

Die finanzielle Belastung der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung hat in der Berichtszeit in Südwestdeutschland eine Abnahme um 17 900 Hauptunterstützungsempfänger erfahren; in der Kreisunterstützung aber hat sich die Unterstützungenzahl wieder um 900 Personen erhöht. Der Stand an unterstützten Arbeitslosen war am 30. April 1931 nach der Statistik der Arbeitsämter folgender:

In der versicherungsmäßigen Arbeitslosenunterstützung 111 618 Personen (86 650 Männer, 24 968 Frauen), in der Kreisunterstützung 40 513 Personen (35 832 Männer, 4681 Frauen).

Die Gesamtzahl der Unterstützten fiel um 17 026 Personen oder um 10,1 v. H. von 169 157 Personen (135 894 Männer, 33 263 Frauen) auf 152 131 Personen (122 482 Männer, 29 649 Frauen)

dadon kamen auf Württemberg 63 019 gegen 72 354, und auf Baden 89 112 gegen 96 803 am 30. April 1931.

Im Gesamtbezirk des Landesamtes für Arbeitslosenversicherung kamen am 30. April 1931 auf 1000 Einwohner 30,2 Hauptunterstützungsempfänger gegen 18,5 zur gleichen Zeit des Vorjahres.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktlage wurde in der Berichtszeit hauptsächlich von Veränderungen in folgenden Berufsgruppen bestimmt:

Im Baugewerbe war zahlenmäßig wieder die stärkste Entlastung zu verzeichnen; die Abnahme der Arbeitslosen betrug im ganzen 7700 Mann, 4800 Bauhandwerker und 2900 Hilfsarbeiter. Die Aussichten des heimischen Baumarktes werden durchweg sehr ungünstig beurteilt. Nach den Berichten dieser Arbeitsämter ist die Zahl der begonnenen Neubauten außerordentlich gering, und vielfach wurde die Beobachtung gemacht, daß Ende März und Anfang April in Arbeit gekommene Bauarbeiter sich jetzt schon wieder erwerbslos melden mußten, da es sich bei den auszuführenden Arbeiten größtenteils um Reparaturen und um die Fertigstellung von bereits stehenden Neubauten gehandelt hatte. Eine merkliche Entlastung der Arbeitslosenzahl ist wieder den mit Förderung der wertschöpfenden Arbeitslosenunterstützung unternehmenen Notstandsarbeiten zuzuschreiben, bei denen in der zweiten Monatshälfte weitere 600 Mann untergebracht werden konnten. Im ganzen sind jetzt annähernd 6000 Mann in den Maßnahmen der wertschöpfenden Arbeitslosenunterstützung beschäftigt. Das verfügbare Kräfteangebot bei den Arbeitsämtern betrug Ende April noch 23 000 Fach- und 19 000 Hilfsarbeiter gegen 32 000 bzw. 24 000 zu Beginn des Monats.

Die Aufnahmefähigkeit der Industrie der Steine und Erden hat in den meisten Baustoffe herstellenden Zweigen abgenommen. Zahlreiche Steinbruchbetriebe, Ziegeleien, Zementwerke und Schotterwerke haben den Betrieb wenigstens zum Teil wieder aufgenommen, nur wenige aber haben schon ihren vollen früheren Beschäftigungsstand. In manchen Fällen, wo der Betrieb wieder voll im Gang ist, ist eine Verminderung der Beschäftigtenzahl infolge von Rationalisierungsmaßnahmen eingetreten. Die Belastung des Arbeitsmarktes in der ganzen Berufsgruppe ist im April von 8600 Personen auf 5900, also fast um ein Drittel, gefallen.

Der Arbeitsmarkt der Land- und Forstwirtschaft ist in der zweiten Monatshälfte um 1600 Personen und im ganzen Monat um 40 Proz. entlastet worden. Der Stand von 200 verfügbaren Arbeitskräften ist aber noch ungewöhnlich hoch. Im Gegensatz zu früheren Jahren steht noch überall genug brauchbares männliches Personal im Angebot; aber die Nachfrage ist für junge Burden und für Mägde ausgenommen, auffallend gering. Namentlich stark war der Bedarf an Holzhauern und Kräften für Kulturarbeiten. So konnte ein Arbeitsamt 200 und ein anderes 100 Leute in Arbeit bringen; doch werden diese Arbeiten bald zu Ende gehen. Die Vermittlung für Gärtner blieb ziemlich lebhaft.

### Letzte Nachrichten

#### Sittler als Zeuge

Der Ueberfall im Tanzpalast Eden

EM. Berlin, 8. Mai. (Priv.-Tel.) Das Schwurgericht III in Moabit hatte heute einen „großen Tag“. Bei einer nicht gerade besonders außerordentlichen Verhandlung handelte es sich um den Prozeß gegen vier Nationalsozialisten, die angeklagt waren, den Ueberfall auf die kommunistischen Sportleute im Tanzpalast Eden verübt zu haben, wobei drei Angehörige der SPD durch Schüsse verletzt wurden.

Sittler wurde als Zeuge von den Angeklagten unter Heilrufen mit dem Faschistengruß begrüßt, was der Vorsitzende scharf rügte. Er sollte sich zu den Behauptungen äußern, daß der Sturm 33, dem die Angeklagten angehören, ein sog. „Kollkommando“ gewesen sei, die Tat vorher geplant war, mit dem Ziel, Menschen vorsätzlich zu töten, und daß dieser Plan ihm vorher zu Ohren gekommen und ihm ihm gebilligt worden sei. Sittler erklärte: „Ich halte es für ausgeschlossen, daß in Berlin ein Sturm mit solchen Aufgaben betraut werden könnte oder sich selbst vornehmen würde. Die SA in der NSDAP kennt überhaupt keine „Kollkommandos“. Die Partei hat die SA nicht geschaffen, um gegen politische Gegner mit Gift oder Dolch vorzugehen. Die SA hat vielmehr die große Aufgabe, die Partei zu schützen und sie gegen Angriffe von links zu schützen, sowie propagandistisch zu wirken durch das Auftreten großer disziplinierter Massen. Ich halte die Weimarer Verfassung für falsch und auch für schlecht. Aber ich weiß, daß ein Versuch, diese Verfassung gewalttätig zu kürzen, Blut kosten würde und wahrscheinlich nutzlos wäre. Ich schäme meine Anhänger daher nicht vor der Maschinenwelle. Ich gehe den von mir eingeschlagenen legalen Weg, aus tiefer und innerer Überzeugung. Freilich gibt es Kreise in der Partei, die diesen legalen Weg als „berpöpst“ oder „berbonat“ hingestellt haben. Diese Leute haben selbst Organisationen geschaffen, die für das Schicksal der Nation vollkommen bedeutungslos sind. Ich habe diese kleinen Gruppen und Gruppchen als das bezeichnet, was man im Jargon „Kollkommando“ nennt, aber niemals die SA selbst. Es kann natürlich einmal sein, daß im Notfall der einzelne SA-Mann, der ja ein gebietes Bild ist, die Grenze zwischen Angriff und Notwehr einmal verläßt. Aber wenn es geschieht, dann ist das nicht der Wille der Partei und auch nicht der Wille des einzelnen SA-Mannes. Solange ich Führer der nationalsozialistischen Bewegung bin, wird sich an der gesamten Richtung der Partei nichts ändern. Sie wird auf dem Wege der Legalität beharren, und darin wird sie sich von niemandem irren machen lassen. Wir haben in Deutschland Sturmabteilungen, die niemals Zusammenstöße kennenlernen, weil keine Gegner da sind. Ebenso aber haben wir Abteilungen, die aus den Kämpfen nicht herauskommen. Auf eine Frage des Verteidigers, Rechtsanwalt Dr. Beder, ob es richtig sei, daß es sich bei Hauptmann Stennes um einen Polizeispion handele, erklärte Sittler: „Ich habe nur stets behauptet, daß Stennes Polizeihauptmann war, der später sich an Radikalismus gar nicht genug tun konnte.“ Natürlich kann ein Spion, der über Geldmittel verfügt, in eine Partei eindringen und Leute um sich sammeln. Wir haben z. B. festgestellt, daß einer unserer radikalsten Führer im Westen lange Zeit hindurch Polizeispion war. Ich habe überall, wo Bewaffnung der SA-Leute festgestellt wurde, durchgegriffen und nötigenfalls Führer und SA-Leute entlassen.

### Wirtschaftliche Umschau

#### Schiene und Kraftwagen — Reichsgesetzliche Regelung verlangt — Die Finanzlage der Reichsbahn

Der sog. Schenker-Vertrag der Reichsbahn ist bekanntlich vom Reichsverkehrsministerium, nachdem zahlreiche Einsprüche und Bedenken aus den Kreisen der Wirtschaft und auch Proteste des Speditionsgewerbes erhoben worden waren, nicht genehmigt worden. Die Reichsbahn, die zuerst den Standpunkt vertrat, daß es einer solchen Genehmigung nicht bedürfte, hat sich nun zu Verhandlungen über eine Änderung des Vertrags bereit erklärt. Damit hat die Reichsbahn das Aufsichtsrecht des Verkehrsministeriums anerkannt, und es ist die Möglichkeit geschaffen, daß der Vertrag eine Gestalt annimmt, die sowohl die finanziellen Schwierigkeiten der Reichsbahn berücksichtigt als auch eine im Interesse der gesamten Volkswirtschaft liegende Rationalisierung des deutschen Verkehrswezens zu Lande und einen Ausgleich zwischen Schiene und Kraftwagen herbeigeführt. Die Reichsbahn will durch den Vertrag mit der Firma Schenker & Co. zunächst eine Neugestaltung der Bohnhüter-An- und Abfuhr herbeiführen. Ein Werbe- und Güterannahmedienst ist geplant. Außerdem soll der Lastkraftwagenverkehr als Zubringerdienst zur Schiene gefördert, der Fernverkehr mit Lastwagen dagegen möglichst eingeschränkt werden.

An dem Vertrag wurde vor allem gerügt, daß er imstande sei, eine monopolartige Stellung der Firma Schenker zu begründen. Dazu ergibt sich aber noch eine weitere Gefahr, nämlich die, daß infolge des drohenden Vertragsabschlusses die Unternehmungen des Kraftverkehrs zu weitgehenden Zusammenschlüssen gezwungen sind, welche vor allem Abmachungen über Mindesttarife vorsehen. Deshalb wird jetzt die Forderung erhoben, überhaupt den Wettbewerb zwischen Kraftwagen und Eisenbahn durch Reichsgesetz zu regeln, das Übersteuerungen des Transport ausschließt, da die Kartellgesetzgebung nicht genügt und Abmachungen zwischen Reichsbahn (die ja trotz ihrer öffentlichen Charakter in gewisser Hinsicht auch Interessent ist), und Transportgewerbe durchaus keine Garantie dafür geben, daß die volkswirtschaftlichen Erfordernisse gewahrt werden. Es müßte nicht nur eine wirksame Reichsaufsicht, sondern auch eine Mitwirkung des Reichs bei der Festlegung der gesamten Verkehrsstarife zu Lande durch Gesetz gewährleistet werden. Tarifbindungen sollen ohne gesetzliche Sanktionierung nicht gültig sein, und ein gewisser Teil der Gewinne soll zum Ausbau des Straßennetzes verwendet werden. Es sei eine weitblickende, nicht nur die Nöte des Augenblicks, sondern die Interessen der Allgemeinheit berücksichtigende Lösung zu suchen, und deshalb die ganze Frage auf eine neue breitere Grundlage zu stellen.

gewinnen, weil die Beschäftigung oft am gleichen Ort und in der gleichen Branche sehr verschieden und starken Schwankungen ausgesetzt ist. Infolge kurzfristiger Sofortaufträge folgen hier sehr oft auf Vollbeschäftigung mit plötzlichem Kräftebedarf und Überarbeit Beschäftigungslosigkeiten mit Kurzarbeit und Entlassungen. Die Entlastung des Arbeitsmarktes des Spinnstoffgewerbes betrug im Monat April rund 1000 Personen oder 11 v. H. Als verfügbares Kräfteangebot waren Ende April noch 7800 Personen vorhanden.

In der Lederherstellung, die bisher recht befriedigend beschäftigt war, ist infolge Entlastung von 140 Arbeitern in einem badischen Betrieb eine leichte Verschlechterung eingetreten. Im lederverarbeitenden Gewerbe hat die gute Beschäftigung der Kofferindustrie weiterhin angehalten.

In der Holzindustrie betrug die Abnahme der Arbeitslosenzahl 1500 Personen. Arbeit fanden vor allem Bauhölzerer und Mahlenmacher, sowie Sägewerksarbeiter. In der Möbelindustrie hielt sich die Besserung in ganz engen Grenzen.

In Nahrungs- und Genussmittelgewerbe war der Bedarf in der Konfektfabrikation noch sehr gering. Erheblich gebessert hat sich der Beschäftigungsgang der Tabakindustrie, die in der zweiten Aprilhälfte weiteren 5000 Kräften wieder Arbeit gab. Der Stand an unterstützten Arbeitnehmern des Tabakgewerbes betrug Ende April noch an 12 000 Personen, gegen fast 40 000 Ende Januar. In der ganzen Berufsgruppe Nahrungs- und Genussmittelgewerbe wurden Ende April noch 18 700 Arbeitslose gezählt.

In Bekleidungsindustrie hat sich die Arbeitslosenzahl im Monat April um 1500 Personen auf 8100 vermindert. Für das Schneiderhandwerk hat die Beseufung in einigen Bezirken sogar etwas härteren Umfang angenommen, in anderen aber war die Besserung sehr schwach. In der Schuhindustrie ist der größte Betrieb wieder voll beschäftigt; sonst aber ist die Lage der Schuhindustrie nicht durchaus günstig.

In den anderen Berufs- und Gewerbegruppen sind die Vorgänge auf dem Arbeitsmarkt für die Entwicklung der Berichtszeit nicht von Bedeutung gewesen.

Mit der Beilage: Amtliche Niederschrift über die 38. öffentliche Sitzung der Verhandlungen des Badischen Landtags

Übrigens verlangte sowohl die Reichsbahn wie die Kraftverkehrsunternehmen bereits eine gesetzliche Regelung der Wettbewerbsverhältnisse mit dem Kraftwagen, wenn auch im einzelnen die Forderungen noch erheblich auseinandergehen dürften. Die Reichsbahn verweist in ihrem dieser Tage veröffentlichten Jahresbericht für 1930 darauf, daß andernfalls eine Erhöhung der Rohstofftarife unerlässlich sei. Sie könne sonst nicht mehr aus eigener Kraft ihr auf volkswirtschaftlichen Grundsätzen aufgebautes Tarifsystem aufrechterhalten, das unter stärkerer Belastung der hochwertigen Güter niedrige, zum Teil unter Selbstkosten liegende Tarife für Rohstoffe enthalte. Der Wettbewerb des Kraftwagens habe sowohl in den Fernverbindungen als auch in den hochtarifierten Gütern weiter zugenommen, was bereits zu besonderen Konkurrenztarifen zwang, um der Reichsbahn Einnahmen zu erhalten.

Die Organisation der Kraftverkehrsunternehmen setzt sich planmäßig fort. Die Großen haben sich bereits in der sog. „Deufkraft“ zusammengeschlossen, während die kleineren Unternehmen eine Rahmenorganisation durch Gründung einer „Auto-Transport-Kontor-G. m. b. H.“ schufen. Es ist eine Preisvereinbarung mit Quotenbindung geplant, außerdem ein fester Kraftwagentarif. Vom Reichsverband der deutschen Industrie kommende Vorschläge, die auf eine Arbeitsteilung der Reichsbahn hinausgehen, sehen dreiklassige Tarife vor, die bei näheren Entfernungen dem Kraftwagen, bei weiteren Entfernungen der Eisenbahn bessere Aussichten im Wettbewerb bieten. Die „Deufkraft“ verlangt, mit der Begründung, daß die Grenzen zwischen dem Rollfuhrdienst und dem Nahverkehr fließend sind, Einbeziehung in den Schenker-Vertrag, der bekanntlich Haus-Haus-Tarife, unter Wegfall der eigentlichen Speditionskosten vorsieht. Die Reichsbahn soll ihre Kamptarife fallen lassen, wogegen man der Schiene vor allem der Verkehr zwischen Knotenpunkt und Knotenpunkt zugestanden werden soll, außerdem aber will man die Reichsbahn zu einem Verzicht auf den Nahverkehr bringen, wogegen sie Anteile an der „Deufkraft“ als ihrer Nachfolgerin im Nahverkehr erhalten soll. Es ist an die allmähliche Entwicklung einer Einheitsorganisation für den gesamten Automobiltransport gedacht, wozu ein Konzeptionsgesetz gefordert wird, das die Erteilung der Konzession vom Beitritt zur Preisvereinbarung abhängig macht. Der Urheber dieses Vorschlags, Dr. Salinger vom Reichsverband der deutschen Industrie, der dem Aufsichtsrat der „Deufkraft“ angehört, nennt die neue, unter Reichsaufsicht zu stehende, jedoch private Organisation „Reichsbahn auf Gummi“.

Dies ist der Aufmarsch zu den heute, Freitag, zwischen den Spitzenverbänden der Wirtschaft und der Reichsbahn über die Modifizierung des Schenker-Vertrages beginnenden Verhandlungen, wobei letzten Endes das Reichsverkehrsministerium das maßgebende Wort zu sprechen haben wird. Es handelt sich hier ausschließlich um die Güterbeförderung, während in der Personenbeförderung die Reichsbahn mit der Reichspost immer mehr zusammenarbeitet. Nach ihrem oben erwähnten Geschäftsbericht betreibt die Reichsbahn zur Zeit bereits 51 Kraftlinien mit 1122 Kilometer Streckenlänge gemeinsam mit der Reichspost.

Die Reichsbahn hat das Geschäftsjahr 1930 zwar ohne Verlust abgeschlossen, aber nur dadurch, daß aus dem Vorjahr ein Vortrag von 179 Mill. Reichsmark herangezogen und 134 Mill. Reichsmark Kredite des Reichs, die zur Behebung der Arbeitslosigkeit und zur Fortführung angefangener Bahnbauten gegeben worden waren, niedergeschlagen worden sind. Solche außergewöhnliche Maßnahmen haben bei einem Einnahmerückgang von 783 Mill. Reichsmark (14,63 Proz.) und einem Ausgaberrückgang von 494 Mill. Reichsmark (10 Proz.) den Ausgleich der Jahresrechnung ermöglicht. Der Güterverkehr ist weit stärker als der Personenverkehr gesunken. Die Bedeutung des Güterverkehrs geht aber daraus hervor, daß die Einnahmen daraus im Geschäftsjahr 1930 2839 Mill. Reichsmark betragen, während der Personen- und Gepäckverkehr nicht einmal die Hälfte, nämlich 1345 Mill. Reichsmark betrug. Für das Reich waren zusammen 1228 Mill. Reichsmark aufzubringen, davon 660 Mill. für Reparaturen, 289 Mill. Beförderungssteuer, 226 Mill. vermehrte Pensionslast. Das Gesamtpersonal (49 Proz. sind Beamte) ist um 30 000 Köpfe ermäßigt worden. Die Senkung der Gehälter und Löhne, entsprechend der Beamtengehälterkürzung (6 Proz.) brachte eine Ersparnis von 110 Mill. Reichsmark. Nach dem anhaltenden Rückgang bis Ende März ist übrigens im April eine Stabilität der Einnahmen eingetreten.

### Kleine Chronik

Junkers Diebstahlzug hat am Donnerstag bei schlechtestem Wetter anlässlich der Tagung des Deutschen Museums einen Rekordflug Dessau-München durchgeführt. Die 440 Kilometer wurden in knapp vier Stunden zurückgelegt. An Bord befanden sich 8 Personen.

Einen furchtbaren Abschlus fand eine Wallfahrt des katholischen Mutterhaus Saarlouis, die nach Kasselburg geführt hatte. Ein Autobus, der mit 24 Frauen besetzt war, stürzte an einer scharfen Kurve auf lothringischem Boden um. 22 Frauen erlitten zum Teil schwere Verletzungen.

Das Erdbeben in Armenien hat, wie aus Moskau mitgeteilt wird, 390 Todesopfer und 7420 Verletzte gefordert. 51 Dörfer wurden zerstört, und fast 6000 Stück Vieh sind umgekommen.

In Berged (Kalifornien) ereignete sich auf einem Bahnübergang ein Zusammenstoß zwischen einem mit Kindern besetzten Omnibus und einem Güterzug. Der Chauffeur und vier Kinder wurden getötet, 25 Kinder schwer verletzt.

## Hochwasserkatastrophe in Baden

Schwere Schäden im Kraich- und Ffinzgan, Alb-, Murg-, Dos- und Taubertal

Schwere Hochwassererschäden wurden am Donnerstag infolge wolkenbruchartiger Regen und Gewitter in verschiedenen Teilen Süddeutschlands angerichtet, darunter auch in Mittelbaden. In Baden wurden besonders heimgesucht Bruchsal, das Dostal, Ettlingen, Durlach und Forzheim, ferner die Gegend von Bretten, Maulbronn und Dietlingen. Außerdem wurde im Norden des Landes das Taubertal heimgesucht. Die Polizei hat überall Präkauttionen unternommen.

Im Verkehr der Reichsbahn gab es Störungen, die hauptsächlich durch Beschädigungen von Bahndämmen verursacht wurden. So zwischen Baden-Baden und Baden-Ost, Karlsruhe und Ettlingen, Karlsruhe und Durlach, Durlach und Weingarten, Söllingen und Bergheim. Der Verkehr erlitt aber auf den genannten Strecken keine Unterbrechung. Zwischen Ettlingen und Bergheim überfluteten die Wassermassen die Eisenbahngleise und auch die Landstraße in Höhe eines halben Meters, so daß jeglicher Eisenbahnverkehr und zunächst auch der Straßenverkehr unterbrochen werden mußte. Die Schnellzüge wurden umgeleitet. Heute morgen 2 Uhr wurde der Verkehr wieder aufgenommen. Abends war noch der Verkehr zwischen Durlach und Weingarten unterbrochen. Im Taubertal bei Bronnbach verursachte ein Dammschlag eine Verkehrsunterbrechung.

Die Mittelbahn mußte ihren Betrieb einstellen, da die Schienen bei der Station Spielberg-Schöllbrunn unterpflüht sind, so daß sie frei in der Luft hängen. Um den Verkehr nach Herrenalb aufrechtzuerhalten, mußten Omnibusse der Stadt Karlsruhe eingesetzt werden.

Bei Karlsruhe wurden zwei Familien, die auf den Fautenbruchwiesen zwischen Kuppurr und dem Scheibenhardtter Wald eine Hühnerfarm besitzen, von der Karlsruher Berufsfeuerwehr in Booten und Flößen unter sehr schwierigen Umständen am Donnerstagabend gerettet. In Ettlingen mußte die Fabrik Wader & Sohn ihren Betrieb stilllegen, weil die Fabrikräume unter Wasser gesetzt wurden. Auf der Forzheimer Straße beim Waidberg ist der sogenannte Eiseller abgetrennt. In Murgzell wurden die Fischteiche überflutet, so daß die Forellen davon schwammen. Die obere Schöllbrunner Straße ist von den Wassermassen schwer in Mitleidenhaftigkeit gezogen, so daß die Postomnibusse sie nicht mehr befahren können.

In Bruchsal richtete der Saalbach schwere Schäden an. Die Kaiserstraße verwandelte sich zu einem reißenden Bach. Der Friedrichsplatz hatte einen Wasserstand von über einem Meter. Der Bahnhofplatz wurde vollständig überspült. Die Reisenden mußten teilweise außerhalb des Bahnhofsgeländes aufsteigen, da auch die Gleisanlagen unterpflüht waren. Die 6 Meter hohe Bahnunterführung ist bis zur Decke mit Wasser angefüllt. Auf den Straßen fuhrten Raddelboote und Flöße. Die Stadt ist ohne Gas und teilweise ohne elektrisches Licht. Auch der Telefonbetrieb der Stadt war bis 7 Uhr morgens gestört. Großen Schaden richtete das Wasser bei der an der Saalbach gelegenen Papierfabrik Metzger an. Sämtliche Papierwaren, die im Keller lagerten, sind vernichtet worden. Der Ursprung des Hochwassers liegt beim Ort Maulbronn, wo das Wasser das ganze Tal bis zum Albstensee überflutete. Der tiefe See hinter dem Kloster trat ebenfalls über die Ufer und seine Wasser ergossen sich in die Stadt.

In Bretten wurde der Landwirt und Gemeinderat Georg Junius, als er sein Vieh in Sicherheit bringen wollte, von der Wilhelmstraße, die ein reißender Wasserstrom durchzog, in den nahe vorbeiführenden Brühlgraben gerissen und von den Wassermassen unter eine Brücke gedrückt, so daß er ertrinken mußte. Das ganze Kraichgauertal stand bis zu einem Meter unter Wasser und war für jeden Verkehr gesperrt. In den niedriger gelegenen Straßen des Tals nach Forzheim sammelten sich die Wassermassen zu reißenden Fluten an. In Bretten selbst stand das Industriegelände mit seinen Fabrikanlagen vollkommen unter Wasser, so daß die Betriebe stillgelegt werden mußten.

In Murgtal wurde die Korrektion des Michelbaches bei Gaggenau vollständig vernichtet. Der Michelbach, dessen Korrektion die Stadt gerade mit einem Kostenaufwand von 60 000 Reichsmark durchgeführt hatte, stürzten schmutzig braune Wassermassen mit ungeheurer Schnelligkeit zu Tal, alles mit sich fortziehend, was sich in den Weg stellte. Die schwere Arbeit vieler Wochen war in wenigen Stunden vollkommen zerstört. Ufermauern und große Teile des Ufergeländes wurden weggespült. Das Unwetter hat auch ein reiches Steigen der Murg verursacht, so daß auch diese über die Ufer trat. In vielen Häusern steht das Wasser bis zu einem Meter in den Kellern.

Auch im Dostal und in Baden-Baden hat am Donnerstag ein wolkenbruchartiger Regen in der Zeit von 4 Uhr morgens bis in die Nachmittagsstunden große Verheerungen angerichtet. Die Feuerwehre mußte alarmiert werden, da die Straßen auf lange Strecken stellenweise bis zu 40 Zentimeter unter Wasser standen und dieses auch in die Keller eingedrungen war. Der Straßenbahnbetrieb nach Dos und Lichtental mußte eingestellt werden. Besonders ist Baden-West und Lichtental betroffen.

Ein riesiges Ausmaß nahmen die Überschwemmungen im vorderen Dostal an. Die dortigen Fabrikanlagen wurden bis zu einem Meter unter Wasser gesetzt. Der Flugplatz und das anschließende Wiesengelände bilden einen See.

Im Taubertal wurden die Ortschaften der Bezirke Taubertal, Weisheim und Buchen betroffen. Im Tale der Brechbach, die bei Taubertal mündet, in die Tauber mündet, wurden Wassermassen festgestellt, wie sie seit dem Jahre 1875 nicht mehr beobachtet wurden. Schwer betroffen wurden vor allem die Orte Steinfurt, Steinbach und Sonderried, die auf der Höhe liegen, ferner die Talgemeinden Bessental und Vogtal. Die Kreisstraße nach Vörsal hat ungewöhnlich schweren Schaden gelitten. Die Tauber erreichte in Mergentheim mit 3,70 Meter am Donnerstagsabend 10 Uhr ihren Höchststand. Dem Hochwasser im Taubertalgebiet ist ein Reisender namens Kuben, ein Mann in den 50er Jahren, aus Königshofen gebürtig, bei Saalfenflur zum Opfer gefallen.

Die Verheerungen in Württemberg und Unterfranken In Württemberg wird Hochwasser aus Ehlingen, Zell bei Ehlingen, Ebersbach und Kirchheim gemeldet. Schwer betroffen sind ferner große Teile von Unterfranken, besonders die Ortschaften Hundsbach, Bonnlad, Harzbach, Dettelbach, Castell, Gelsheim, Bädigheim und Stadtprozelten. Schwere Hochwassererwähnungen werden schließlich aus dem Taunus gemeldet, wo die Stadt Romburg v. d. G. aus schwerer betroffen worden ist. Aus allen Meldungen geht hervor, daß die Bach- und Flußbetten die ungeheuren Wassermengen, die im Gefolge von Gewittern niedergegangen waren nicht hatten fassen können. Die Gewalt der Fluten riß Dämme ein und drang über die Straßen hinweg in die Häuser. In dem unter-

fränkischen Ort Gosbach kamen vier Menschen, zwei Erwachsene und zwei Kinder, beim Einmarsch einer kleineren Brücke um. Auch Württemberg meldet zwei Todesopfer. In Unterfranken ist beim Treibholzfischen ein 80jähriger Mann vor den Augen seiner Frau ertrunken. In Feuerbach fiel ein 16 Jahre alter Jüngling ebenfalls beim Holzfischen ins Wasser, wurde von einem Strudel erfasst und ertrank.

## Das Reichsdefizit 1930/31

1,25 Milliarden

Das Rechnungsjahr 1930/31 hat für den Reichshaushalt mit einem Fehlbetrag abgeschlossen, der höher ist, als er bei allem Pessimismus gefürchtet hatte. Der Fehlbetrag des Reiches ist nach dem Ergebnis des Monats März um 153,7 Mill. höher, als er bis Ende Februar geschätzt hatte, und ist damit von 1086 Millionen auf 1,25 Milliarden gestiegen.

Im gesamten Steuerjahr betragen die Einnahmen 10 283,2 Millionen, gegenüber einem Jahresoll von 11 632 Millionen, hinter dem sie also um 1349 Millionen zurückbleiben. Die Ausgaben betragen im Gesamtjahr 11 251,8 Millionen, gegenüber einem Jahresoll von 11 697,3 Millionen. Der Abschluß bringt im ordentlichen Haushalt einen Fehlbetrag von 888,6. Für den außerordentlichen Haushalt stellt sich der Fehlbetrag Ende März auf 261,0. Insgesamt ergibt sich mithin ein Fehlbetrag von 1249,6 gegen 1085,9 Ende Februar 1931.

Der Monat März hat danach alle vorherigen Berechnungen über den Haufen geworfen. Und der für 1931 angenommene Etat ist bereits jetzt in der Einnahmehälfte als zu günstig anzusehen. Für 1931 hatte Dietrich den Steuerausfall auf 700 Millionen geschätzt, von denen auf das Reich 440, auf Länder und Gemeinden 260 Millionen entfallen sollten. Nach dem Märzergebnis wird diese Schätzung zu günstig für das Reich sein. Und der April hat bekanntlich keine Besserung der Wirtschaftslage gebracht. Reich, Länder und Gemeinden werden daher mit höheren Steuerausfällen rechnen müssen. Denn mit dem Reichsetat sind alle ihre Vorschläge in die Luft gebaut. Die Ausgaben aber steigen ganz sicher. Das Reich schätzt den Mehrbedarf der Krisenfürsorge auf 400 Millionen über die Etatsätze hinaus; damit dürften die von den Gemeinden zu tragenden Lasten für die Wohlfahrtserwerbslosen auch die Vorschläge um einige hundert Millionen übersteigen. Woher das Geld genommen werden soll, ist durchaus ungewiß. Die Gemeinden haben ja bereits eine Umorganisation der Arbeitslosenversicherung vorgeschlagen, bei der sie nur noch feste Zuschüsse leisten, während die ganze Last auf das Reich fallen soll.

## Um die Zollunion

Die Debatte in der französischen Kammer

In der französischen Kammer begann Donnerstag nachmittag die Debatte über die Interpellation zur deutsch-österreichischen Zollangleichung.

Der Vorsitzende des Zollauschusses der Kammer, Abg. Fougère, erklärte, die Urheber der deutsch-österreichischen Zollangleichung hätten sich bereit erklärt, das Abkommen dem Völkerbundrat zur Prüfung zu unterbreiten, aber sie hätten auf ihren Plan nicht verzichtet. Die Handelsbilanz Frankreichs sei seit 1913 ständig zurückgegangen, während die Handelsbilanz Deutschlands seit 1927 ständig steige. Deutschland habe es auf den Anschluß Österreichs abgesehen. Es wolle seine Hegemonie ausbreiten, während Österreich eine rettende Planke suche. Er fordere den Außenminister auf, in seiner Opposition gegen den Anschluß, der das ganze Werk der Zusammenarbeit zunichte mache, unadäquat zu sein.

Als Abnageray heute in der Kammer seiner Enttäuschung über die gleichgültige Haltung Englands und Italiens zum deutsch-österreichischen Zollangleichungsprojekt Ausdruck gab, griff Briand in die Debatte ein und erklärte, der englische Außenminister Henderson habe in Paris verlangt, daß die ganze Angelegenheit vor den Völkerbund gebracht werden solle. In dieser Forderung sehe er weder eine unfreundliche Geste noch den Wunsch Englands, mit Frankreich zu brechen. Italien habe den Zusammenbruch des 1922 eingeleiteten Finanzkontrollauschusses verlangt. In allen diesen Fragen die überragende Initiative, und man müsse feststellen, daß die übrigen Alliierten um Frankreich einen engen Kreis der Solidarität geschlossen hätten. Man werde erkennen, daß Frankreich keineswegs isoliert dastehe.

Paris, 8. Mai. (Tel.) Die heutige Kammerdebatte dürfte etwas lebhafter verlaufen als die gestrige. Auch Louis Marin dürfte das Wort ergreifen, jedenfalls auch Herrit. Briands Rede wird gegen 17 Uhr erwartet. Man glaubt, daß eine Nachsitzung notwendig sein wird.

Der offiziöse „Petit Parisien“ erklärt heute wieder, schon jetzt stehe fest, daß sich eine bedeutende Mehrheit für die Regierungspolitik, das also auch die Politik Briands sei, zusammenfinden werde. Um diese Mehrheit zu erreichen, beruhe man, so berichtet „Matin“, eine Tagesordnung einzubringen, und zwar gebe sich hierzu der Honorer Industrielle Fougère, der Vorsitzende des Kammerauschusses für Zoll- und Handelsfragen, her. In seiner Tagesordnung werde formell erklärt, daß man jede Initiative ergreifen müsse. Für diese Tagesordnung würde fast einstimmig auch die Marin-Gruppe eintreten.

## Badischer Teil

### Der nationalsozialistische „Führer“ auf zwei Wochen verboten

Der Minister des Innern hat auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten vom 28. März 1931 die in Karlsruhe erscheinende nationalsozialistische Tageszeitung „Der Führer“ mit Wirkung vom 7. Mai auf die Dauer von zwei Wochen verboten.

Anlaß zu diesem Verbot gaben die in den letzten Ausgaben des „Führer“ enthaltenen systematisch gehässigen Angriffe gegen die Polizei, der auf mehr oder weniger verheerliche Art vorgeworfen wurde, daß sie Angriffe kommunistischer Gruppen auf Nationalsozialisten billige und begünstige, daß sie ihre Pflicht als Hüterin der öffentlichen Sicherheit absichtlich und böswillig nicht erfülle und parteiisch nicht gegen die Angreifer, sondern gegen die Angegriffenen vorgehe. Die in den fraglichen Artikeln des „Führer“ enthaltenen Ausfällungen stellen schwere Beschimpfungen und böswillige Verächtlichmachungen der Polizei dar und gleichzeitig den Versuch, die Staatsautorität zu erschüttern. Das Verbot umfaßt auch jede angeblich neue Druckschrift, die sich sachlich als die alte darstellt oder als ihr Ersatz anzusehen ist.



**Von den Börsen**

Die Enttäuschungen der letzten Börsenwoche haben sich noch weiter fortgesetzt. Während jedoch in der letzten Berichtswochen für die Börsenentwicklung die amerikanischen Abgaben ausschlaggebend waren, haben jetzt innerdeutsche Entwicklungs-tendenzen mehr und mehr an Einfluss gewonnen. Wenn auch kurzfristig eine Abschwächung nicht klar in Erscheinung tritt, so sind doch Stimmungsmäßig die schwachen Momente überwie-gend. Beunruhigend wirken vor allem die Ausfichten über die Entwicklung auf dem Kapitalmarkt.

Farben waren nach dem Bekanntwerden der 12prozentigen Dividende anfangs fester veranlagt, schlossen sich dann der Ab-schwächung an und konnten schließlich auf Grund des günstigen Geschäftsberichtes sich einigermaßen erholen. (145,25, 148,5, 142%, 144%) Deutsches Linoleum verlor auf ungünstige Dividendenschätzungen hin, die sich später bewahrheiteten, an-nähernd sieben Punkte (86% - 80), Kaliwerte litten unter Abgaben des Auslandes und konnten sich erst Donnerstag wie-der einigermaßen erholen. Reichsbank stellte sich nach 163% exklusive Dividende auf 150,5, sank bis 143% und erholte sich auf 146. Die Vorzüge der Baiflers vermochten das Kurs-niveau nicht ernstlich zu gefährden. Am Anleihemarkte war die Tendenz nachgebend und geschäftlos. Pfandbriefe neigten zur Schwäche und Reichsbankbuchforderungen konnten sich knapp behaupten.

**Redar AG.** In der schon erwähnten Aufsichtsratsitzung in Heidelberg wurde mitgeteilt, daß das letzte Geschäftsjahr der Stromgewinnung ertragreich war; die anfallende Energie konnte zu regelrechten Vertragspreisen abgegeben werden. Für Verhandlungen über eine Erhöhung des Aktienkapitals von gegenwärtig 13 Mill. RM. erhielten Vorstand und Finanz-kommission Vollmacht. Eine Zuführung neuer Mittel ist damit jedoch — der „Frankf. Ztg.“ zufolge — nicht verbunden. Es handelt sich um die Umwandlung eines weiteren Teiles der langfristigen Darlehen von Reich und Ländern in Aktien-kapital, wie schon im Vorjahr (damals in Höhe von 7,64 Mill. Reichsmark). Es soll dadurch das bilanzmäßige Verhältnis zwischen Aktienkapital und Darlehen verbessert werden. Aber den diesmaligen Betrag schweben noch Verhandlungen.

**Baugeldzuteilung bei der Badischen Landesbauparcelle Mannheim.** Bei der am Mittwoch stattgefundenen fünften Baugeldzuteilung der Badischen Landesbauparcelle gelangten 184 000 RM. zur Verteilung. Berücksichtigt wurden 22 Bau-sparter mit Beiträgen bis zu 30 000 RM.

**Die deutschen Zudergrundbesitzer.** Die Wirtschaftliche Vereinigung der deutschen Zuderindustrie hat in einer einstimmig angenommenen Entschließung gegen die vom Reichsernährungs-minister geforderte Grundbesitzerliste der deutschen Zuder-fabriken Stellung genommen.

**Neuze Nachrichten aus Baden**

**Politische Zusammenhänge in Freiburg**

**W.D. Freiburg i. Br.** Die Nationalsozialisten veranstal-teten am Donnerstagabend einen Demonstrationsszug. Dabei kam es am Fahnenbergplatz zu einer Schlägerei zwischen kommunistischen und nationalsozialistischen Demonstranten. Es wurden einige Nationalsozialisten, die zurückgeblieben wa-ren, verprügelt. Am Hauptbahnhof formierten sich die Natio-nalsozialisten von neuem und zogen dann in die „Harmonie“, wo sie eine Versammlung abhielten. Am 23 Uhr kam es — der „Freib. Ztg.“ zufolge — besonders in der Vertalbitage zu neuen Unruhen. Das Überfallkommando säuberte die Straße mit dem Gummifnüsselp.

**D3. Konstanz, 7. Mai.** Der Chef der deutschen Seeres-leitung, General Freiherr von Hammerstein-Equord, befindet sich mit etwa 30 Offizieren des Reichswehrministeriums auf einer Dienstreise in Konstanz. Gestern fand Truppenbesichti-gung mit Parade statt.

**bl. Neustadt bei Überlingen, 7. Mai.** Auf dem Schrei-tisch des Polizeibehörders Gerhard Segner fand dessen vier-jähriger Sohn einen Dienstreiber. Der Knabe nahm ihn an sich und ging in den Garten, um den Revolver seiner drei Jahre alten Schwester zu zeigen. Im Garten gab das Kind einen Schuß auf die Schwester ab, der ihr durch Hals und Wange drang. Der Tod trat alsbald ein.

**Mannheim, 8. Mai.** Die Mannheimer Polizei veranstaltet, wie mitgeteilt, zur Zeit eine Verkehrserziehungswache, und zwar wird ein Kreisauschreiben veranstaltet, bei dem bis jetzt 160 000 Zettel durch die Schulleute an die Passanten und Schulkinder verteilt worden sind. Die Mannheimer müssen nun raten, welche Fehler die im Kreisauschreiben glossierte „Familie Murks“ beim Straßenaufschreiben usw. verbrochen hat. Die Polizisten selbst erteilen in diesen Tagen (und zwar, laut Polizeibericht, täglich über 10 000!) Belehrungen, während Strafzettel in dieser Woche vollkommen außer Kurs sind.

**Staatsanzeiger  
Personeller Teil**

**Ernennungen, Versetzungen, Zuruhezetzungen usw. der planmäßigen Beamten**

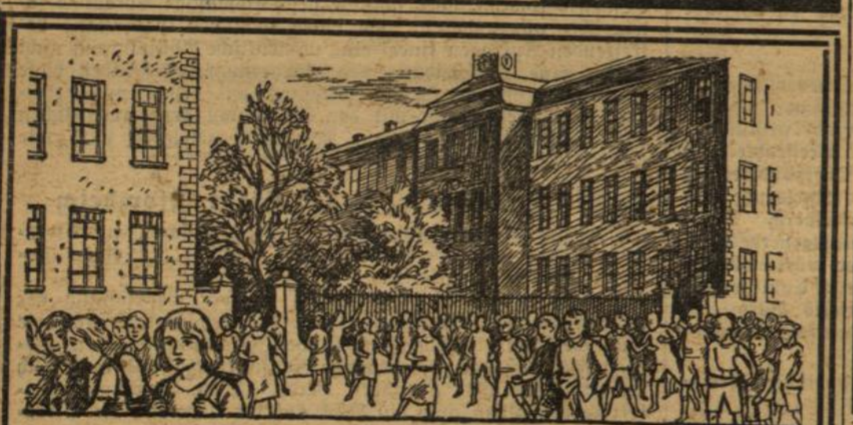
**Aus dem Bereich des Justizministeriums**

**Ernannt:**  
Justizassistent Karl Münch beim Notariat Wolfach zum Justizsekretär, Justizaktuar Otto Götner beim Amtsgericht Tauberbischofsheim zum Justizassistenten.

**Berufen:**  
Die Gerichtsvorwarter Hermann Piller beim Amtsgericht Philippsburg zum Amtsgericht Wühl und Hermann Meger beim Amtsgericht Neffrich zum Amtsgericht Freiburg, Justiz-inspektor Bertin Winterhalter beim Amtsgericht Ettlingen zum Amtsgericht Baden, die Kanzleischreiber Karl Kehler beim Notariat Schwellingen zum Amtsgericht Mannheim und Alois Kraus beim Notariat Freiburg zum Amtsgericht Donaueschingen, Oberaufseherin Elisabeth Jodars beim Bezirksgefängnis II in Freiburg zur Frauenstrafanstalt in Bruchsal und Aufseher Albert Zucht zum Bezirksgefängnis Wültingen zum Landesgefängnis Mannheim.

**Zur Ruhe gesetzt:**  
Kanzleisekretär Heinrich Bach beim Notariat Offenburg bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit.

**FESTHALLE**  
„Ein Abend bei Johann Strauß“  
**Johann Strauß**  
früherer k. u. k. Hofballmusikdirektor mit seinem Wiener Orchester  
Pressestimmen:  
London, Daily Chronicle: ... Kein Wunder, daß die immense Queens Hall siebenmal ausverkauft war ...  
Turin, La Stampa: ... Ein genialer Dirigent ... eine bewundernswürdige Orchesterdisziplin ...  
Amsterdam, Alg. Handelsblad: ... vor ausverkauftem Concertgebouw starker Beifall ...  
Basel, Basler Nachrichten: ... Das Publikum ... und wiederum lobten die Zuschauer ...  
Wien, Neues Wiener Journal: ... Strauß verstand es, das Publikum zu wahren Beifallsorgien hinzureißen ...  
L. 177  
Die wirtschaftlichen Verhältnisse angepaßte billige Eintrittspreise.  
Karten von 1,10 bis 3 RM. in der Musikalienhandlung u. Konzertdirektion Kahler, Ecke Waldstr.  
**FRITZ MÜLLER**  
**Freitag, 15. Mai 20 Uhr**  
**kommt**



**Lebensvoller Rechenunterricht:**  
Für das neue Schuljahr liegt vollständig vor:  
**Badisches Rechenbuch**  
Neubearbeitung 1931 von  
**A. Anzlinger, A. Grimm, D. Ischler, S. Limbed**  
Das Badische Rechenbuch mit dem Bildschmuck von L. Rohrer hat sofort den Beifall der Lehrerschaft und der Schulkinder gefunden. Als billige und dauerhafte Vermittel werden deshalb die neuen Hefte im ganzen Badenland zur Belebung des Rechenunterrichts beitragen. Arbeitsschule und Heimatgedanke werden durch diese Neubearbeitung gefördert.  
**Die ersten Urteile aus Schulkreisen:**  
„Das Rechenwerk steht unter dem Prinzip und im Dienst der Arbeits- und Heimatschule und wird den Rechenunterricht interessant gestalten und freudig beleben. Die Aufgaben gefallen durch ihre Wirklichkeitsnähe und entbehren glücklicherweise, wo es möglich war, der unnötigen Fragestellung und fordern das Kind zur selbsttätigen Stellung und Lösung des Rechenproblems auf. Vorzüglich ist die Zusammenfassung der Aufgaben in größere Zusammenhänge. Auch die Menge der Tabellen bieten nicht nur eine Fülle von Rechengeschäften aller Art zur Übung und Befestigung der Rechenfertigkeit, sondern sind auch geeignet, das Kind zur übersichtlichen Darstellung und Ordnung anzuleiten. Außerdem bereichern und vertiefen sie die Kenntnisse in Heimat- und Vaterlandskunde. Die Art, wie der Zahlenraum erweitert wird, ist anschaulich und gut.“  
„Es ist in seinem freundlichen Gewand das Schönste, in seiner glänzenden methodischen Durcharbeitung das Wertvollste, in seinen Aufgabenkreisen das anregendste badische Rechenbuch, ein Werk wie aus einem Guß, das man nicht nur mit gutem Gewissen, sondern mit wirklicher Freude empfehlen kann.“  
Schülerheft I — 60 II — 75 III — 90 IV — 90 V — 95  
Lehrerheft I 1,50 III 2,10 IV 2,10 V 2,20  
Prüfungsstücke sendet auf Wunsch der  
**Verlag G. Braun, Karlsruhe**  
Karl-Friedrich-Strasse 14  
Bücher der badischen Schule und der badischen Heimat

**Reichsunfallversicherung**  
Südwestliche Baugewerks-Berufsgenossenschaft  
Sektion 2, Karlsruhe  
Kriegsstr. 35 II C Fernsprecher 7770  
**Einladung**  
Gemäß § 23 der Satzung werden die Mitglieder der Sektion 2 hierdurch zur  
**46. ordentlichen Sektionsversammlung**  
auf Mittwoch, den 3. Juni 1931, vormittags 11 Uhr, im „Rathausaal“ in **Karlsruhe** (Baden) eingeladen.  
**Tagesordnung:**  
1. Geschäftsbericht für das Jahr 1930.  
2. Rechnungsbericht für das Jahr 1930.  
3. Wahl der Rechnungsprüfer.  
4. Voranschlag für das Jahr 1932.  
5. Anträge und Sonstiges.  
Karlsruhe, den 5. Mai 1931. R. 183  
Der Sektionsvorstand:  
Ferdinand Dolbt, Vorsitzender.

**Reichsbund der Kinderreichen**  
Deutschlands zum Schutze der Familie e. V.  
Landesverband Baden  
Geschäftsstelle: Coppenstraße 33 Fernruf 600  
**Einladung**  
Am Sonntag, den 10. Mai — dem Muttertag — findet nachmittags 5 Uhr im großen Saal der Festhalle ein  
**Festakt zu Ehren der Mutter**  
statt unter Mitwirkung der Feuerwehrtabelle, von Frau Haberkorn, Solistin am Landestheater, Herrn Staatschauspieler U. v. d. Trend, dem Trio Wigenbacher und der Tanzschule Mertens-Leger. Wir laden die gesamte Einwohnerschaft zur Teilnahme ein. Programm findet am Saaleingang erhältlich.  
Saaleröffnung 1/5 Uhr.  
Der vorbereitende Ausschuss.  
R. 182

**Staats- u. Gemeindebehörden**  
sind unsere Abonnenten. Wollen Sie diese auf Ihre Firma aufmerksam machen, so inserieren Sie in dem offiziellen Organ der badischen Regierung der  
**KARLSRUHER ZEITUNG**  
BADISCHER STAATSANZEIGER

R. 444. Bruchsal. Nach Bestätigung des Vergleichs wurde das Vergleichsverfahren über das Vermögen der Firma Bleier & Co., Eierzeugwarenfabrik in Bruchsal, Alleinhaber Kaufmann Heinrich Drehsch, aufgehoben. Bruchsal, den 4. Mai 1931. Amtsgericht IV.  
**Badisches Landestheater**  
Samstag, den 9. Mai 1931  
\* E 23 Th.-Gem. 1251—1400  
**Wilhelm Tell**  
Von Schiller  
Regie: Baumbach  
Mitwirkende:  
Bertram, Emmerich, Frauen-dorfer, Genter, Särzner, Seiling, Bauer, Hebesen, Baumbach, Dahlen, Graf, Herz, Hierl, Höder, Hofpach, Just, O. Kienischer, S. Kienischer, Kloeble, Kubne, Rehner, Müller, Ritter, Schulze, v. d. Trend, Frohmann, Grimm, Lütger, Reyer, Seibert, Bindemann  
Anfang 20 Ende 22 1/2, Preise A (0,70—5 RM)

**Bezirkssparkasse Heberlingen a. B.**  
Öffentliche Verbandssparkasse  
**Bilanz per 31. Dezember 1930**

Vermögen		Verbindlichkeiten	
	RM		RM
Kassenbestand	67 404,39	Spareinlagen	3 867 467,86
Guthaben bei Banken, Girozentralen u. Postsparkassent	273 734,52	Aufwertungs-spareinlagen	1 130 181,73
Wertpapiere	94 500,—	Giro- und Kontokorrent-einlagen	431 190,89
Wechsel	152 387,45	Anlehens-Schulden aus III. America-Anleihe	123 573,23
Darlehen auf Hypotheken	2 692 524,12	Rücklagen	
Darlehen in laufender Rechnung an Private	496 414,09	a) gesetzl. Reservefonds	156 189,93
Darlehen auf Schuldschein	304 510,86	b) Sonderrücklage	5 000,—
Darlehen auf Faustpfand	1 580,—	Reingewinn v. Jahre 1930	60 203,88
Darlehen an Gemeinden	434 635,44		
Einlage beim Sparkassen- und Giroverb.	87 200,—		
Einnahmerückstände und Stückzinsen	76 603,89		
Verwaltungsgebäude	1,—		
Sonstige Grundstücke	29 000,—		
Gerätschaften	1,—		
Aufwertungs-forderungen	999 259,98		
Rückständige Aufwertungs-zinsen	19 586,14		
Fehlbetrag aus Aufwertung	44 464,65		
	5 773 807,52		5 773 807,52

**Berechnung der Rücklage:**  
Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:  
5% aus 4 298 653,75 RM Einlagen = 214 932,94 RM  
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1930 = 216 393,81 RM  
somit mehr = 1 460,87 RM  
Heberlingen, den 16. März 1931. R. 443  
Der Vorsitzende des Verwaltungsrats: Dr. Emmerich, Bürgermeister.  
Der Geschäftsführer: Götter, Direktor.

Druck G. Braun, Karlsruhe.